

Calmer Tagblatt

Nr. 178.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufsstelle: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 50 Pf. pro Tag. Auf Samstagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Preis für 3 Monate 1.50 Mark. —

Mittwoch, den 3. August.

Verkaufsstelle: In der Stadt mit Trägerlohn 12.00, in der Provinz 10.00. Postgebühr 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Deutschland u. der Handel mit Sowjet-Rußland.

Der „Frl. Ztg.“ wird von ihrem Rigaer Korrespondenten über die Möglichkeiten der Anbahnung von Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland u. a. folgendes geschrieben: Seit mehr als einem Jahre macht sich, durch das Anwachsen der wirtschaftlichen Schranken im Westen begünstigt, in Kreisen der deutschen Industrie und Kaufmannschaft ein merkliches Drängen nach dem Osten und seinen Absatzgebieten bemerkbar. Auch das vor einigen Monaten abgeschlossene Handelsabkommen mit Rußland wird im Auslande, besonders in den Oststaaten, als ein Schritt der deutschen Regierung aufgefaßt, die den Wünschen dieser Wirtschaftskreise gerecht werden wollte. Diese Hoffnungen Deutschlands, die sich an die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland knüpfen, und die im ganzen berechtigt sind, werden von Kennern des heutigen Rußland an gewisse Voraussetzungen geknüpft, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Der Tiefstand der russischen Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswirtschaft usw. ist auch für die öffentliche Meinung Deutschlands längst kein Geheimnis mehr; doch ist das Glend, das in Rußland heute herrscht, weit größer, als man ahnt, und kann von einem westeuropäischen Begriffsverständnis eigentlich überhaupt nicht erfaßt werden. Ohne dieses Thema weiter zu erörtern, genügt es als Symptom auf den Umstand hinzuweisen, daß in Petersburg in fast einem Drittel aller Häuser die Kanalisation nicht mehr arbeitet. Gegenstände, die zu den täglichen Bedarfsartikeln eines Kulturmenschen gehören, sind von der erdrückenden Mehrzahl der russischen Bevölkerung (besonders der Provinz) wegen der unerschwinglichen Preise seit mehr als zwei Jahren nicht mehr gesehen worden. Es ist in den russischen Provinzstädten heute nicht möglich, einen Teller oder ein Glas zu kaufen. Die Zahl der Waggon- und Lokomotiven ist auf 18 Prozent des Friedensbestandes zusammengedrückt. Die Herstellung des Eisenbahnwagens hat einen solchen Umfang erreicht, daß die Getreidezufuhr zu den Städten fast völlig aufgehört hat und infolgedessen die größte Verpflegungsnöte sich im ganzen Reiche bemerkbar macht. Die Tagesration in Moskau — der bestgestellten Stadt Rußlands — beträgt pro Kopf ein halbes russisches Pfund Brot, zum Teil nur ein Pfund für drei Tage. Ausdrücklich sei aber nochmals auf das Glend in den verarmten und verelendeten russischen Provinzstädten hingewiesen, die nichts erzeugen und einzig und allein im Kreise einer „Verbraucherwirtschaft“, bezw. vom Verbrauch und Verkauf der von früher her vorhandenen Werte leben.

Wie denkt sich aber die Sowjetregierung selbst einen Handelsaustausch? Wie mir russische Wirtschaftspolitiker von Rang erklären, ist die Umkehr in Rußland vorläufig im ersten Stadium der Entwicklung. In erster Linie soll in großem Maßstabe eine Denationalisierung der meisten russischen industriellen Unternehmungen und Werke erfolgen. Nur vereinzelte der größten Fabriken sollen vom Staate weiter bewirtschaftet werden. Dieses würde eine völlige Wiederherstellung des Privatbesitzes nach sich ziehen. Ja, es klingt nicht unwahrscheinlich, wenn aus russischer Quelle berichtet wird, Krassin, der vor kurzem in Moskau weilte, sei von der englischen Regierung gebeten worden, auf Lenin dahin einzuwirken, daß er die Verwirklichung der angelegten nächsten Wirtschaftserfolge tustschäft befürworte. Andernfalls verspreche sich England wenig praktische Resultate vom Handel mit Sowjetrußland. Als eine andere geplante Maßnahme wird bezeichnet, daß sämtliche Genossenschaftsverbände Rußlands — wie die größten, so auch die kleinsten — als Sowjetorganisationen das Recht erhalten sollen, selbständig mit dem Auslande in Handelsbeziehungen zu treten. Sollte diese Reform kommen, so würde das allerdings der privaten Initiative den größten Spielraum gewähren; denn dem einzelnen russischen Kaufmann würde es nicht schwer fallen, als Mitglied einer Genossenschaft mit seinem ausländischen Kontrahenten in geschäftliche Beziehungen zu treten. Aber von diesen Maßnahmen abgesehen, bleibt die wichtige Frage zu beantworten: Was kann Rußland für die vom Auslande gelieferten Waren bieten?

Wohl hat die Sowjetregierung im letzten Jahre aus prestigepolitischen Gründen einige Partien Holz, Flachs usw. nach England ausgeführt und weitere bedeutende Mengen in den baltischen Häfen aufgeschichtet, doch gibt eine offizielle Moskauer Statistik bekannt, daß die Gesamtausfuhr für das Jahr 1920 655 246 Rub (12 1/2 Prozent der Einfuhr desselben Jahres) betrug, was ungefähr kaum 5 Prozent der Friedensausfuhr Rußlands ausmacht. Es sei außerdem erwähnt, daß diese Rohstoffe dem dringenden Bedarf des eigenen Landes entnommen wurden und daß man es in Moskau nicht begreift, wie sich die Sowjetregierung zu diesem Schritt hat entschließen können. Auch in der Goldbestand der Sowjetregierung ziemlich zusammengeschmolzen und kaum anzunehmen, daß man sich in Moskau völlig von diesem Edelmetall entblößen wird. Die Sowjetmacht selbst scheint die einzige Hoffnung auf die Genährung von Konzeptionen an ausländische Unternehmer zu setzen: man hofft auf diese Weise einen Rohstoffbedarf aufzubringen, dessen Waren zum Austausch gegen die In-

dustrie-Erzeugnisse des Auslands dienen sollen. Diese Hoffnungen entbehren für den westeuropäischen Volkswirtschaftler nicht einer gewissen Realität. Der deutsche Kaufmann und Unternehmer, dem es gelingen wird, im Laufe dieses Sommers die Bergwerke im Donzagebiet, die Naphtaquellen bei Baku, die Waldgebiete in den russischen Zentralgouvernements und schließlich die sibirischen Erzlager zu besuchen, wird sicherlich mit interessanten Eindrücken heimkehren, doch zugleich von dem beispiellosen Zerfall, speziell des ganzen Transportwesens, erschüttert sein und am besten aus eigener Anschauung die Möglichkeit einer Ausbeutung Rußlands beurteilen können.

Von der während des Krieges künstlich geschürten deutsch-feindlichen Stimmung ist nicht die geringste Spur mehr zu bemerken. Im Gegenteil, die russische Presse hebt fast täglich die Gemeinsamkeit der Interessen mit Deutschland hervor und betont die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen und politischen Zusammengehens. Verfolgt man im Auslande die deutsche Presse, so hat es den Anschein, als sei man in Deutschland sich noch nicht völlig dieser Lage bewußt. Und doch ist man hier, wo man fast täglich Gelegenheit hat bedeutende russische Politiker zu sprechen und wo man auch die Stimmung, die in den breiten Massen des russischen Volkes herrscht, überblicken kann, berechtigt zu behaupten, daß dieser Drang nach Deutschland in heutigen Rußland mit jedem Tage stärker wird. Es gibt heute kaum einen Russen, der nicht die Gemeinsamkeit der Interessen mit Deutschland erkannt hätte und laut die Ueberzeugung ausdrückt, daß nur Deutschland der Staat ist, welcher in der Lage wäre, Rußland die Hand zum Wiederaufbau zu bieten. In diesem Zusammenhang wird nicht mit Unrecht immer wieder daran erinnert, daß Deutschland vor dem Weltkriege an der Spitze der nach Rußland Waren einführenden Länder steht. Im Jahre 1912 führte Deutschland nach Rußland Waren für 532,3 Millionen Mark Goldbrubel ein (45,2 Prozent der russischen Gesamteinfuhr). Andererseits war Rußland das Land, das fast 30 Prozent seiner Rohstoffe (für 453,8 Millionen Goldbrubel im Jahre 1912) nach Deutschland ausfuhrte. Das große und einzige Hindernis bei der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zum Westen ist der Verfall der Gesamtwirtschaft des einstigen mächtigen Zarenreiches, welche als drückende Last auch vom geringsten Proletariat empfunden wird; und die Frage, welches Volk die besten Qualen ein Ende bereiten wird und eine wirtschaftliche Gesundung versprechen könnte, ist heute in Rußland auf aller Lippen. Hierdurch scheint aber auch dem deutschen Volke die Verantwortung der Frage, wie es nunmehr an Sowjetrußland herantreten soll, trotz mancher Bedenken erleichtert zu sein. Das Land hat der deutschen Gesamtwirtschaft heute wenig zu bieten. Aber es ist ein Land, dessen natürliche Reichtümer unermesslich sind und das dem ausländischen Unternehmertum die größten Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Rußland muß heute durchaus als ein Kolonialgebiet betrachtet werden. Den deutschen Kaufmann und den deutschen Ingenieur, die beide an die Ueberwindung von Schwierigkeiten gewöhnt sind und deren Stärke seit jeher im beharrlichen Wirtschaftskampf mit den anderen europäischen Rivalen lag, wird das nicht abschrecken, sein Augenmerk schon heute gerade nach dem Osten, wo man ihn besonders schätzen gelernt hat und heute als Erlöser aus der Not erwartet, zu richten und frischen Mutes sich durch Teilnahme am Wiederaufbau des zerstörten russischen Wirtschaftslebens den osteuropäischen Absatzmarkt zurückzuerobert. Aber nicht mit der Preisliste in der Hand und mit Erwartungen, die auf europäische Handelsverhältnisse eingestellt sind, begeben sich der Deutsche nach dem Lande, das er einst blühend und reich kannte — er begeben sich mit dem Wagemut des Ueberseefahrers und Kolonistors nach dem heute asiatisierten und verelendeten Sowjetrußland in der Absicht, als erster einem darniederliegenden Volke die Hand zur Wiederaufrichtung zu bieten. Dann wird ihm der Erfolg nicht fehlen.

Zur Lage in Rußland.

Note Truppen auf dem Marsche nach Moskau.
Stockholm, 2. Aug. Nach Meldungen aus Helsingfors bilden die Truppen in Ostrußland die Hauptstütze der Käterregierung. Die Truppen streben nach Moskau und weiter nach Westen vor, um sich Nahrungsmittel zu verschaffen. Die Regierung trifft Vorbereitungen, um ihr Eindringen in Moskau zu verhindern.

Aussände in Moskau und Petersburg?
Kopenhagen, 2. Aug. Der hiesige Sowjetvertreter gibt, wie das Stuttgarter Tagblatt erfährt, der Presse Mitteilungen, wonach die Unruhen in Petersburg und Moskau „beigelegt“ seien. Die Sowjetregierung sei Herrin der Lage. Der erneute Separationsversuch in Kronstadt sei gescheitert. Die Hilfe des Roten Kreuzes sei dringend notwendig. In Petersburg führen täglich trotz aller Gegenmaßnahmen der Regierung 100 bis 120 Personen an Cholera und anderen Infektionskrankheiten.

Die russische Gefahr.

Berlin, 2. Aug. „Svenska Dagbladet“ zufolge hat nach einer Nachricht des Stuttg. Tagbl. der lettische Ministerpräsident die Vertreter der Presse empfangen. Er legte der Hungerkatastrophe eine weit größere Bedeutung bei, als allen bisherigen Interventionen. Eine ungeheure Auswanderung habe eingesetzt, deren Folgen nicht zu übersehen seien. Die Anarchie stehe vor der Tür. Die Randstaaten könnten von der Völkerwanderung überflutet werden und müßten auf alle Eventualitäten gefaßt sein.

Die Sowjetpresse veröffentlicht einen ausführlichen Bericht der außerordentlichen Kommission über eine in Petersburg aufgebaute Verschönerung gegen die Sowjetregierung.

Das amerikanische Hilfswerk für Rußland.

London, 2. Aug. Hoover hat dem in London weilenden Leiter des amerikanischen Hilfswerks für Europa den Auftrag erteilt, sich sofort nach Riga zu begeben, um mit den russischen Sowjetbehörden über die Einleitung des amerikanischen Lebensmitteltransports für Rußland zu verhandeln. Hoover teilt mit, daß die Lebensmitteltransporte über Danzig im Einvernehmen mit Rußland sofort beginnen können. Er schätzt die Aufwendungen, die das amerikanische Hilfswerk in Rußland erfordert, auf 1 1/2 bis 1 1/2 Millionen Dollar monatlich. Die erste Lebensmittelendung wird wahrscheinlich nach Petersburg gehen. Außer Lebensmitteln werden auch Arzneien transportiert werden.

Deutsche Hilfe für Rußland.

Berlin, 2. Aug. Laut „Tagblatt“ fand gestern in den Räumen des Auswärtigen Amtes eine Besprechung einer Reihe von Herren und Damen statt, die dem Hilfswerk für das hungernde Rußland ihr besonderes Interesse entgegenbringen. Außer dem Minister des Auswärtigen, Dr. Rosen, waren u. a. anwesend der Reichskanzler, die Minister Grafenauer und Rathenau, Gerhart Hauptmann, Frau Gortz und Oberstleutnant Draudt als Vertreter des deutschen Roten Kreuzes.

Die oberschlesische Frage.

Verzögerung der Zusammenkunft des Obersten Rates?

Paris, 2. Aug. Die Habas-Agentur teilt mit, Briand habe die Einladungen an die verschiedenen Mächte, die beim Obersten Rat vom Montag den 8. August ab vertreten sein sollen, gestern abend nicht abgefaßt. Der Ministerpräsident warte die Aufstellung der Tagesordnung ab, um zu sehen, welche Staaten zu den Beratungen mit den Vertretern der 4 Großmächte Frankreich, England, Italien und Japan, aus denen die Konferenz von Rechts wegen besteht, zugezogen werden sollen. Inzwischen setzt der interalliierte Sachverständigenausschuß die Prüfung der oberschlesischen Frage fort. Er habe nacheinander die verschiedenen in Vorschlag gebrachten Teilungspläne studiert. Zum Plan Sforza hätten die italienischen Vertreter zu erkennen gegeben, er könne eine sehr ernste Verhandlungsgrundlage bilden, ohne jedoch die italienische Delegation zu binden. Die französischen Vertreter hätten sich über ihren Standpunkt noch nicht ausgesprochen.

Die Tagesordnung des Obersten Rates.

Paris, 2. Aug. Nach dem „Echo de Paris“ wird die Tagesordnung der am kommenden Montag in Paris beginnenden Konferenz des Obersten Rates die folgenden 8 Punkte umfassen: 1. Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien, 2. Feststellung der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien an Hand der Volksabstimmung, 3. die seit März und April in Anwendung befindlichen wirtschaftlichen und militärischen „Sanktionen“, Frankreich beantragt die Aufrechterhaltung, England ihre Aufhebung, 4. die Urteile gegen die Kriegsschuldigen im Leipziger Prozeß, 5. Maßnahmen, um dem wirtschaftlichen Glend in Rußland entgegenzuwirken, 6. Entlassung Deutschlands, Maßnahmen zur Durchführung einer wirtschaftlichen Kontrolle, 7. Orientpolitik, 8. die albanische Frage.

Von der Sachverständigenkommission.

Paris, 2. Aug. Dem „Temps“ zufolge soll die mit der Prüfung der oberschlesischen Frage betraute Sachverständigenkommission spätestens bis zum 7. August ihre Arbeiten abgeschlossen haben.

Briands Pläne.

Paris, 2. Aug. Dem „Matin“ zufolge soll, wie die „Süddeutsche Ztg.“ erfährt, Briand beabsichtigen, die oberschlesische Frage auf der Entente-Konferenz nicht endgültig zur Entscheidung kommen zu lassen! Es sei zweifelhaft, ob die gegenwärtig versammelte Sachverständigenkonferenz ihre Arbeiten rechtzeitig abschließen könne und infolgedessen würde die Ententekonferenz in der nächsten Woche nur provisorische Beschlüsse fassen können und zwar nunmehr im Sinne der Lösung, die bereits mehrfach ins Auge gefaßt wurde und die darin besteht, daß man die unumstrittenen, d. h. die weitaus rein deutschen oder rein polnischen Gebiete halb an Deutschland, halb an Polen zuweist. Es würde dann nur die bekannte kleine Zone übrig bleiben, über

deren Aufteilung dann später Beschluß gefaßt werden mußte. Die bereits getroffenen Entscheidungen des Obersten Rates wären aber endgültig sein.

Vor dem gemeinsamen Schritt der Entente in Berlin.

Berlin, 2. Aug. Nach einer Meldung der „Südd. Zig.“ hat gestern nachmittags eine Konferenz zwischen dem französischen Botschafter Laurent und dem englischen Botschafter Lord D'Abnon und (in Vertretung des abwesenden Botschafters Graf Soti) dem italienischen Botschafter Guarnieri stattgefunden.

Diese Konferenz, die auf Wunsch der betreffenden Regierungen zusammentrat, beschäftigte sich mit der Frage der gemeinsamen Schritte, die über eventuell notwendig werdende Truppenverstärkungen nach Oberschlesien bei der deutschen Regierung zu unternehmen seien. Die Botschafter haben sich gestern nachmittags an ihre Regierungen gewandt und denen selbst die Redaktion der Note überlassen. Die Antwort der Regierungen — und somit die fertiggestellte Note wird von den Botschaftern noch im Laufe des heutigen Tages erwartet und dürfte vielleicht heute spät abends, vielleicht auch erst morgen vormittag der deutschen Regierung überreicht werden. Es muß betont werden, daß es sich hier nicht um einen positiven Antrag handelt, mehr Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, sondern um die Vorbereitung der Maßnahmen, im Falle der Notwendigkeit, solche Sendungen sofort vornehmen zu können.

Wie wir hierzu aus zuverlässiger Quelle weiter erfahren, konnte bei den gestrigen Besprechungen des französischen Botschafters Laurent mit dem englischen Botschafter Lord D'Abnon und dem italienischen Botschafter Guarnieri keinerlei Ergebnis erzielt werden, da weder bei der englischen noch bei der italienischen Botschaft irgend welche Bemerkungen über den beabsichtigten gemeinsamen Schritt der Alliierten in Berlin getroffen sind. Sobald die Instruktionen aus London und Rom eintreffen werden, wird die Demarche folgen.

Vor einem neuen Putsch der Polen?

Berlin, 2. Aug. Klärungen aus Berlin zufolge deuten alle Anzeichen auf einen unmittelbaren bevorstehenden polnischen Putsch hin. Der polnische Terror greift immer weiter um sich. Aus Rücksicht haben die deutschen Grenzbewachen vor dem Terror fliehen müssen. Auch in Gleschewald und Janow wurden die Deutschen gefangen von polnischen Banden zur Flucht gezwungen. Aus Laurakütz und Kolofai werden Zusammenrottungen ehemaliger Insurgenten gemeldet, die schwere Gefahren für die deutschgenannten Teile der Bevölkerung befürchten lassen. Die zuständigen Kreisbehörden sind eifrig auf die Sturzzeichen im oberschlesischen Industriegebiet aufmerksam gemacht worden.

Fortdauer der polnischen Gewalttaten.

Ratibor, 2. Aug. Gestern fanden an dem Stummplatzchen im Ratiborer Revier zahlreiche Polenversammlungen statt. — Gegen die Stadt Ratibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt. Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Gemüse, auf den Ratiborer Markt bringen. Die Stadtbevölkerung ist dadurch in große Not verfallen.

Die Rede des Reichskanzlers in Bremen über die politische und wirtschaftliche Lage.

Bremen, 2. Aug. In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer einberufen war, sprach heute der Reichskanzler Dr. Brüning über die wirtschaftliche und politische Lage. In kurzen Begründungsworten drückte der Vizepräsident der Handelskammer, Rebellhaus, die Freude aus, den süddeutschen Landmann und höchsten Beamten des Reichs in Bremen zu sehen, der durch sein Erscheinen das Interesse für die alte Hansestadt am Weierstrom und damit für die kommerzielle Weltstellung Deutschlands betunde. Die Stunde sei überaus ernst. Viele Gegner versuchten, das deutsche Streben, durch Arbeit und Pflichterfüllung wieder emporzukommen, neuerlich zu vereiteln. Bremens Bürgererschaft sei bereit, sich um die Reichsregierung zu scharen und mit ihr in die Welt hinaustrufen: Das deutsche Volk will sein gutes Recht, nicht mehr!

Hierauf ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Lösung heißt: Durch Arbeit zu Freiheit! Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht sondern um die Überzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die Gesundung des Welthandels sein. Dieses Wiederanstreben ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechts, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Machtgedanke fährt, zeigt das traurige Beispiel in Oberschlesien. Jede Stimme des Rechts begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüber kommt. Es wäre eine Entbotte des höchsten demokratischen Ideals der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korsanths in Oberschlesien zur Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus: Achtet den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergange weihen wollt! Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Unglücksstunde jenes ersten Ultimatum. Soll das neue Ultimatum neue Zerstückung über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neues Bierwarer hindurchgeführt werden. Todeschatten liegen über dem Kontinent, der der Brüder des Lichts und der Freiheit für die ganze Welt sein mußte. Leider regieren in Warschau politische Leidenschaft und grenzenloser Hochmut, der Gewalt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen die deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurden. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrtsmaßnahmen stehen in Oberschlesien auf dem Spiel. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt, als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten.

Amthliche Bekanntmachungen.

Verzeichnis der nicht schulfähigen Kinder.

Die Herren Ortsvorsteher werden beantragt, die Verzeichnisse der nicht schulfähigen Kinder (§ 13 Abs. 2 der B.V. zum Oberamtsrats-Gesetz vom 17. 3. 1913 Reg. Bl. S. 82) bis spätestens 25. August ds. Js. hierher vorzulegen.

Wenn Einträge in das Verzeichnis nicht zu machen sind, so ist Fehlenanzeige zu erstatten.

Calw, den 1. August 1921. Amtl. Oberamt: G 53.

Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft müssen zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Verteidigung der großen und einheitlichen Richtlinien der Reichspolitik, die geleitet ist von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland, geleitet von dem großen Gedanken der Arbeit, des Rechts und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein saures Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden.

Ausland.

Die politischen Schwierigkeiten der Abrüstungskonferenz.

London, 2. Aug. „Daily Chronicle“ hebt die dringende Notwendigkeit einer baldigen pazifischen Konferenz hervor. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, in den Erörterungen zur Herbeiführung der Abrüstungskonferenz scheint ein Stillstand eingetreten zu sein, da Schwierigkeiten wegen der Frage der pazifischen Konferenz und wegen der sogenannten Vorbesprechungen entstanden. In amtlichen britischen Kreisen urteile man über die beiden Fragen vollkommen verschieden. Während die Abrüstungskonferenz sich in der Hauptsache mit den militärischen Rüstungen befassen soll, seien verschiedene Kreise der Ansicht, daß sie ununtrennbar mit den politischen Problemen hauptsächlich Europas und des fernsten Ostens zusammenhänge. Weiter werde die pazifische Konferenz in der Hauptsache das Flottenproblem und mittelbar das Bündnis mit Japan zum Gegenstand haben. Nach „Daily Chronicle“ ist man in Konzenzkreisen der Ansicht, daß ein Uebereinkommen erzielt werden werde, das ermöglicht, eine baldige Zusammenkunft mit den führenden Staatsmännern des britischen Reiches, der Vereinigten Staaten und Japan abzuhalten. „Morning Post“ meldet dagegen, die amerikanische Regierung trete nur für eine einzige Konferenz ein, die sowohl die Pazifik- als auch die Abrüstungsfrage umfasse. Die Konferenz soll, wie die amerikanische Regierung entschieden hat, in Washington stattfinden.

Der Senat der Stadt Danzig gegen den Generalstreik.

Danzig, 2. Aug. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat mit Rücksicht auf den für den 4. August von den sozialistischen Parteien geplanten zehntägigen Generalstreik einen Aufruf erlassen, in dem es a. a. heißt: Der Generalstreik ist der beschlossene Form ist ein Verbrechen an der Allgemeinheit. Für den Staat kann es zur Katastrophe werden. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, mit allem Ernst anzukündigen, daß sie fest entschlossen ist, der Gewalt nicht zu weichen und diese ungeheuerliche Handlung zu verhindern. Es wird für Sicherheit und Ordnung, für Schutz der Arbeitswilligen unbedingt gefordert werden. Die Regierung warnt vor allem die im Staats- und städtischen Dienste stehenden Personen, sich am Generalstreik zu beteiligen. Wer trotzdem daran teilnimmt, hat sich als entlassen zu betrachten. Auf der anderen Seite sieht die Regierung es als ihre vornehmste Pflicht an, die Not der Zeit, die die Heher zum Generalstreik auszubringen versuchen, zu lindern. Dem Volkstag wird bei seinem Zusammentritt die in der letzten Sitzung des Volkstags angekündigte Vorlage zugehen, wonach die Gehälter der Beamten mit Wirkung vom 15. August so erhöht werden, daß die in letzter Zeit eingetretene Steigerung der Kosten der Lebenshaltung ausgeglichen wird. Im entsprechenden Grade sollen die Bezüge der Angestellten erhöht werden. Die Lage der Arbeiter soll mit einer Steigerung der Brotzulage verbessert werden. An die privaten Arbeitgeber richtet der Senat den Appell, sich zu einem gleichen Vorgehen bereit zu finden. Der Aufruf schließt mit den Worten: Danziger, denkt an Euch selbst! Euer Schicksal liegt in Eurer Hand.

Der griechisch-türkische Krieg.

Athen, 2. Aug. Gut unterrichtete Abendblätter teilen mit, daß beschlossen worden sei, die militärische Aktion mit großem Nachdruck gegen Angora einzuleiten.

Annahme des Kommunitengesetzes durch die jugoslawische Volksvertretung.

Belgrad, 2. Aug. Die Nationalversammlung nahm mit 190 gegen 54 Stimmen das Gesetz über den Schutz des Staats und der öffentlichen Ordnung an. Die Kommunisten, Sozialisten und die Republikaner, sowie die Mitglieder des jugoslawischen Komitees stimmten gegen die Vorlage.

Aus dem besetzten Gebiet.

Die wirtschaftschädigende Wirkung der Sanktionen.

(Grenz.) Wiesbaden, 2. Aug. Die Handelskammer hat in ihrem Julibericht an das Handelsministerium über die Wirkungen der Sanktionen auf die Hauptindustriezweige ihres Bezirks u. a. folgen des ausgeführt: Die Geschäftslage in der chemischen Industrie ist nach wie vor schlecht. Ueber die Versorgung mit Brennstoffen und Hilfsmaterialien kann zwar augenblicklich nicht geklagt werden; doch sind die Einkaufsverhältnisse und Aufträge schwierig. Dies ist in erster Linie eine Folge der Sanktionen, die wegen der hohen Abgaben und Zölle den Versand nach dem besetzten Deutschland und dem Ausland erschweren. Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterentlassungen konnten bis jetzt noch, wenn auch mit großer Mühe, verhindert werden. Es bestehen aber schlimme Befürchtungen

bei weiterem Fortbestand der Sanktionen. Die Schaumweinindustrie befindet sich gleichfalls in einer nicht günstigen Lage. Der Versand nach dem besetzten Deutschland ist durch die Zollmaßnahmen so gut wie ganz unterbunden, da durch den Zoll die Schaumweine gegenüber der Konkurrenz im besetzten Deutschland zu sehr verteuert werden. Arbeitsverkürzungen und Arbeiterentlassungen werden hier im August bestimmt erwartet, wenn nicht die Zwangsmaßnahmen unverzüglich aufgehoben werden. Auch im Weinhandel steht der Geschäftsverkehr vollständig, was hauptsächlich eine Folge der hohen Zölle für Flaschenweine ist. Eine Reihe von Weinhandlungen konnte ihren Betrieb nicht oder nicht völlig aufrechterhalten und mußte bereits zu Arbeitsverkürzungen schreiten. Nur die Hotelindustrie hat als einzige insofern ihre Eigenart unter den Sanktionen bisher wenig gelitten

Das Deutschtum in Kongress-Polen.

D. V. J. Unter diesem Titel erscheint soeben im Ausland- und Heimat-Verlag, Stuttgart, Neues Schloß, ein neuer Band der Schriften des Deutschen Auslands-Instituts, den der bekannte Führer des Deutschtums in Kongress-Polen, Adolf Eichler, geschrieben hat. Es ist ein Buch, das gerade in der jetzigen Zeit ein ganz besonderes Interesse beanspruchen darf: Denn es zeigt, daß die Polen, in den von ihnen neu erworbenen, ehemals preussischen Teilgebieten des Deutschtums in jeder Weise zu unterbrücken, ohne daran zu denken, daß sie in eigentlichen Kongress-Polen die Blüte ihrer Landwirtschaft und industriellen Entwicklung deutscher Tatkraft und deutscher Arbeit zu verdanken haben. Eichler gibt einen Überblick der Geschichte des Deutschtums in Kongress-Polen von der ersten deutschen Einwanderung an und zieht auch namentlich polnische Urteile über den Erfolg der deutschen Kolonisation als Beleg heran. Er beschreibt die Rolle der deutschen Barschäuler, die kolonisierenden deutschen Wälder- und Mänscher, die Art der deutschen Stadlanlage und die Ausbreitung des deutschen Rechts in Polen, geht auf die wirtschaftlichen und namentlich religiös-kulturellen Strömungen in Reformations-Zeitalter ein und zeigt die systematische Vernichtung des Deutschtums während der Besatzungszeiten, die auch einen Rückgang des polnischen bürgerlichen Lebens mit sich brachte. Der deutschen Not im niedergebenden Polen stellt er das preussische System gegenüber, das aus dem verwaunten Westpreußen ein blühendes und schönes Land machte und das wirtschaftliche Leben, das Schulwesen, die Wissenschaften und das geistige Leben beträchtlich hob. Eichler schilbert sodann die letzte deutsche Bauern-Kolonisation im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Schwaben-Kolonien bei Lodz und Warschau und vor allen Dingen die deutschen Industriehöfungen, die aus Lodz ein polnisch-Maschinen machten und um deutsche Tatkraft, deutscher Erfindungsgeist und deutscher Wagemut aus einem kleinen Nest eine Tuchmachersstadt von Weltraf zu schaffen verstanden. Besondere Kapitel werden sodann der Geschichte des Deutschtums in Kongress-Polen während des Krieges gewidmet, sowie dem Wiederaufbau und der Rolle des Deutschtums in Neu-Polen.

Das Eichelersche Werk kommt gerade jetzt zuricht, wo die Polen sich bestreben, auch weite Kreise des blühenden Oberschlesien in ihre Gewalt zu bekommen. Es zeigt so recht, wie liberal, wie deutsche Tatkraft sich ungenügend entfalten konnte, das Land zu großer Blüte entwickelt wurde, wie aber auch überall, wo Polen mit rauher Hand eingriffen, diese Blüte systematisch vernichtet wurde und das Land in raschen Verfall geriet. Das Eichelersche Buch beweist aber auch, wie notwendig es gerade von polnischen Staatsinteressen aus wäre, wenn die Polen ihr feiges und unerträgliches Element polnischer Staatsbürger deutscher Nation ungenügend und ungehindert arbeiten lassen und sie sehr eine gerechte Behandlung der Deutschen zum Nutzen des polnischen Staatswesens ausschlagen würde.

Diese Studie über das Deutschtum in Kongress-Polen wird natürlich in den deutschen Bezirken des Ostens, wo man an Polen grenzt, mit Interesse und Verständnis gelesen werden, sie gehört aber als ein Dokument glänzender Leistungen des Auslandsdeutschtums in alle deutschen politischen und kulturellen Bibliotheken, in Schule und Haus und namentlich in die Hand unserer Auslandsdeutschen.

Deutschland.

Keine Beteiligung der Finanzbeamten an den Steuern.

Berlin, 2. Aug. Von zuständiger Stelle wird es mitgeteilt, daß in einigen Kreisen verbreitete Gerüchte, daß die Finanzbeamten an den neuen Steuern für die Erhebung mit einem gewissen Prozentsatz beteiligt seien, ebenfalls jeglicher Begründung.

Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag.

Berlin, 2. Aug. Die zur Zeit hier stattfindenden deutsch-schweizerischen Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen deutsch-schweizerischen Vergleichsvertrags sind heute zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Der schweizerische Bevollmächtigte, Professor Max Huber, verläßt voraussichtlich heute Berlin. Die Verhandlungen werden in kürzester Frist in Bern wieder aufgenommen werden.

Änderungen in der Lieferung der Reparations-Kohlen.

Paris, 2. Aug. Die Reparationskommission hat den Grundsatß aufgestellt, daß die Alliierten hinsichtlich der nach dem Friedensvertrag von Deutschland zu liefernden Kohlen berechtigt sind, die eingehenden Qualitäten der Kohlen in demselben Verhältnis zueinander zu verlangen, wie sie in Deutschland selbst verbraucht werden. Außerdem dürfen nach einem Beschluß der Kommission die Alliierten gewisse Kohlenorten, für die sie kein Bedürfnis zu haben glauben, durch andere austauschen lassen.

Nach einer Mitteilung des „Temps“ ist das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten seit längerer Zeit dem Plane, zinierten den französischen Verbrauchern und dem deutschen Export direkten Beziehungen herzustellen, beigetreten und hat bereits eine Zusammenkunft zwischen den beiderseitigen Vertretern veranstaltet. Die Kohlenlieferungen sollen jedoch unter Kontrolle des Vöros der geschädigten Kohlengruben bleiben, um Ueberreicherung und ungleichmäßige Behandlung der verschied. Verbrauchergruppen zu vermeiden.

Zur Fre...
September 1921 d...
lich aufließt. Di...
ragraph 13 des...
nen die Landes...
ministers für E...
zum 1. Septembe...
erlassen, d. h. fi...
der früheren Vor...
Instruktionen d...
1921 hinausfüh...
denbergische Erb...
nachdem die Bert...
schen Oberlandes...
schaften und des...
Mai 1921 in Ka...
einmütig eine...
Uebergang von...
Minderzweigliche...
Föderung des M...
festschaffe Einhalt...
dehnt zu wirken...
differenz nicht g...
Verkehr mit Nite...
hat daher das wü...
Ausführungsvorsc...
1. September 192...
gellenden Bestimm...
nicht ein. Die K...
Königreicherung...
darzulegen, d...
Grund Vertrags...
werden also auch...
bestehen. Von ein...
Zeitpunkt muß de...
weil sie nur wäh...
diesem ergebenden...
des Vertrages geg...
Reichsmittelver...
rungsbestimmung...
den müßten.

Gegen die N...
Gegen die Anfr...
genommen werden...
den Landwirtschaft...
Lagen und Vieh...
Lebensmittel eine...
Elemente finden bere...
Insofern das Ver...
entfalten sollte, b...
und Weid künftig...
gründet bezeichnet...
realität ist und zwei...
Auslande sorgen wi...
treibe, Weid- und...
sich auch daran den...
der Leuerung ist...
sich, daß nach der...
dem Verrat zu ver...
vorgezogene Er...
aus sich eingebra...
lässe vorgenommen...
die Verbraucher ver...

Bevölkeru...
Im zweiten Vie...
gen in Ostpreu...
(587), in den übrig...
(1899), in den Gem...
und 2393 (1986).

Von zuständigen...
jedemfache eingericht...
keine Klagen, schlage...
Berlin-Bremen un...
gard-Konflikt bis...
vom 10. August an...
Kruppoffnungen e...
Befehl, die mit B...
lungen versehen wie...
Mitmaßliches
Je ferner die S...
wird wiederum der...
tag ist trocken und...
worten.

Für Wü...
(S. 3.) Stuttgart...
lichen Interessen der...
und Hohenzollern de...
kammer in der durch...
licher Interessen sind...
linal Gauß im E...
sammlung ab. Die...
Land sowie zwei U...
und Wohnungsausf...
gestellten, Bürat...
Stuttgart. Kammer...

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. August 1921.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 16. Juli bis 31. Juli 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 2 Ochsen, 7 Kühe, 2 Ferkel, 4 Affen, 11 Kälber, 31 Schweine, 15 Schafe.

Zur Frage der Milchbewirtschaftung.

Bislang scheint die Auffassung zu herrschen, daß mit dem 1. September 1921 die öffentliche Bewirtschaftung der Milch gänzlich aufhöre. Diese Ansicht ist durchaus unzutreffend. Nach Paragraph 13 der Reichsmilchverordnung vom 30. April 1921 können die Landeszentralbehörden mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft für die Zeit bis zum 1. September 1921 abweichende Uebergangsbestimmungen erlassen, d. h., sie können gegebenenfalls unter Aufrechterhaltung der früheren Vorschriften über die Milchzeugungswirtschaft das Fortdauern der genannten Verordnung bis zum 1. September 1921 hinauschieben. Von dieser Ermächtigung hat das württembergische Ernährungsministerium keinen Gebrauch gemacht, nachdem die Vertreter des Käse- und Milchgewerbes des württembergischen Oberlandes, des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften und des Futter- und Käsegroßhandels in einer am 21. Mai 1921 in Ravensburg sehr stark besuchten Versammlung einstimmig eine Entschließung angenommen hatten, bei dem Uebergang von der Zwangsbewirtschaftung der Milch und Milchzuguße in eine freie Wirtschaft, insbesondere durch Förderung des Absatzes von Lieferungsverträgen und gewissenhafte Einhaltung der letzteren, sowie der bebungenen Preise dahin zu wirken, daß die Versorgung der württembergischen Bevölkerung nicht gefährdet wird. In einer Verfügung über den Verkehr mit Milch und Milchzugußen vom 24. Mai 1921, hat daher das württembergische Ernährungsministerium folgende Ausführungsmaßnahmen zur Reichsmilchverordnung erlassen. Am 1. September 1921 tritt daher eine Veränderung in den zur Zeit geltenden Bestimmungen über die Bewirtschaftung der Milch nicht ein. Die Konfessionierungspflicht des Milchhandels, die Konzentrierung und Rationierung der Genussmittel der Verbrauchergemeinden, die bisherigen Milchlieferungsverträge auf Grund Vertrags oder behördlicher Anordnung und dergleichen werden also auch nach dem 1. September 1921 unverändert fortbestehen. Von einer Kündigung des Liefervertrags auf diesen Zeitpunkt muß den Erzeugern schon deshalb abgeraten werden, weil sie nur während der Dauer des Liefervertrags die sich aus diesem ergebenden großen Vorteile genießen und nach Auflösung des Vertrages gegebenenfalls wieder behördlich nach Maßgabe der Reichsmilchverordnung und der württembergischen Ausführungsbestimmungen hierzu zur Milchlieferung angehalten werden müßten.

Gegen die Angstkälbe in Brotgetreide.

Gegen die Angstkälbe in Brotgetreide muß energisch Stellung genommen werden. Schon jetzt finden sich zahlreiche Verbraucher bei den Landwirten ein, um Brotgetreide außerhalb der Verabreichung zu kaufen und bieten dafür außergewöhnlich hohe Preise, wodurch die Lebensmittel eine ungeheure Preissteigerung erfahren. Auch unlaute Elemente suchen bereits durch Käufel den Brotwunder vorzubereiten. Insofern das Verhalten der privaten Käufer der Befürchtung auslösen sollte, daß eine unzureichende Versorgung mit Brotgetreide und Mehl künftig in Rechnung zu nehmen ist, kann diese für unbegründet bezeichnet werden, weil die diesjährige Brotgetreideernte reichlich ist und zweifelslos das Reich für entsprechende Eindeckung vom Auslande sorgen wird. Wenn also später Klagen über zu hohe Getreide-, Mehl- und Brotpreise laut werden, so sollen die Verbraucher auch daran denken, daß ein großer Teil von ihnen die Ursache der Lärmschöpfung ist. Nach unserer Beurteilung ist nicht daran zu zweifeln, daß nach der Ernte jeder in der Lage ist, sich mit genügendem Vorrat zu versehen. Wir möchten aber auch warnen vor jetzt vorzunehmender Eindeckung mit Mehl auf längere Zeit, da das bisher aus feil eingekauftem Getreide leicht verdirbt. Je weniger Angstkäufe vorgenommen werden, desto sicherer, ruhiger und billiger werden die Verbraucher versorgt werden können.

Bevölkerungsbewegung in Württemberg.

Im zweiten Vierteljahr 1921 betrug die Zahl der Geburten in Württemberg 1637 (Vorjahr: 1375), der Geborenenüberschuß 826 (857), in den übrigen 51 größten Gemeinden 1943 (2146) und 1567 (1589), in den Gemeinden mit über 5000 Einwohnern 2980 (3821) und 2393 (1986).

Flugpost.

Von zuhause Seite wird mitgeteilt: Die seit 15. Juni verkehrswise eingerichtete Flugpostbeförderung von Briesport, für die keine Flugschläge entrichtet sind, wird außer an den Strecken Weissen-Bremen und Bremen-Hamburg auch auf der Strecke Stuttgart-Konstanz bis zum 15. September einschließliche fortgesetzt. Die vom 10. August an vorgeschriebene Stempelung der eingegangenen Flugpostsendungen erstreckt sich auch auf die verkehrswise beförderte Briefpost, die mit dem gleichen Stempelabdruck wie die Flugpostsendungen versehen wird.

Naturnatürliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Je ferner die Störung im Nordwesten rückt, desto beständiger wird wiederum der Wettercharakter. Am Donnerstag und Freitag ist trockenes und warmes Wetter mit spärlichen Gewittern zu erwarten.

Die Verbraucher-Kammer für Württemberg und Hohenzollern.

Stuttgart, 2. Aug. Die zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der nichtgewerblichen Verbraucher in Württemberg und Hohenzollern durch deren Vereinigung gebildete Verbraucher-Kammer in der durch 50 Vertreter etwa 200.000 Personen die Pflege ihrer Interessen finden sollen, hielt heute unter dem Vorsitz von Konrad Gaus im Landesgewerbeamt ihre konstituierende Versammlung ab. Die Statuten wurden angenommen und ein Vorstand sowie zwei Ausschüsse, ein volkswirtschaftlicher und ein Bau- und Wohnungsamt, gewählt. Dem Vorstand gehören an: Welter, Baier, Daser-Rohr, Reichstagsabgeordneter Feuerlein, Stuttgart, Kammerkenner Gaus-Stuttgart und L. Bismayer.

Stuttgart. Der Mitgliederbeitrag wurde auf 10 M festgesetzt. Nach einem Referat Feuerleins wurden einstimmig Entschlüsse angenommen, worin die Kammer ihre Anerkennung als öffentlich-rechtliche Körperschaft und ihre Zugehörigkeit zur Bildung des künftigen Bezirksrats fordert. Nach einem weiteren Referat Feuerleins zur Umfahsteuer wurde eine Entschließung angenommen, die die Erhöhung der Umfahsteuer für eine die Verbraucher übermäßig belastende Maßnahme erklärt und fordert, daß die Umfahsteuer nur einmal und zwar an der Quelle erhoben werde und daß von der Umfahsteuer insbesondere die Nahrungsmittelbetriebe der Genossenschaften und des Kleinhandels befreit werden, soweit sie durch eine geordnete Buchführung eine Kontrolle ermöglichen. Der Vorstand hat den Reichstagsabgeordneten Feuerlein zum 1. Vorsitzenden gewählt.

(SCH.) Leonberg, 2. Aug. Am 1. August waren es 25 Jahre, daß die Pfälzerische Buch- und Steinindustrie mit dem Verlag der „Leonberger Zeitung“, an den heutigen Besitzer, August Reichert, überging. Am 1. August 1896 erschien die „Leonberger Zeitung“ noch in kleinem Format 4 mal wöchentlich, wurde aber von dem jetzigen Besitzer bald vergrößert und als Tageszeitung herausgegeben. Im Frühjahr 1920 wurde der „Leonberger Zeitung“ durch Kauf das „Risinger Tagblatt“, Weilmünsterer und Weiler Tagblatt angegliedert. Das Personal des Geschäfts hat sich mit der Zeit vergrößert.

(SCH.) Ludwigsburg, 2. Aug. Zugeschrieben auf dem Saalemarkt waren 5 Läufer und 132 Milchschweine. Verkauf wurden 3 Läufer zu 450-500 und 82 Milchschweine zu 150-370 M. Die Zufuhr war schwach, der Verkauf langsam.

(SCH.) Bietigheim, 2. Aug. Aus noch nicht ermittelter Ursache ist heute nacht gegen 12 Uhr in dem eingebauten Stadtteil zwischen Rathaus und Kirche Feuer ausgebrochen, das sich nach der steigenden Hitze der letzten Wochen über die ausgehöhrten Häuser und Dächer mit rasender Geschwindigkeit verbreitete und innerhalb 2-3 Stunden 8 Wohnhäuser und 4 Scheunen in Asche legte. Der ganze Häuserblock zwischen Rathaus und Kirche wurde verüht. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle und fand bald auch die Unterdrückung aller umliegenden Wehren, insgesamt 6, darunter die Ludwigsburger Dampftruppe. Die Löscharbeiten wurden in Gegenwart des Oberamtmanns und des Bezirksfeuerleiters mit solchem Nachdruck betrieben und glücklicherweise durch reichliche Wasservorräte gefördert, daß um 2 Uhr früh eine weitere Gefahr beseitigt war. Am Mitternacht war das Rathaus stark bedroht, als das gegenüberliegende fast ebenso große Haus in hellen Flammen stand und mit seiner Giebelwand vornüber zu stürzen drohte. Die wichtigsten Alken wurden sofort weggelassen. Aber auch diese Gefahr ging vorüber. 23 Familien sind obdachlos. Die Stadtgemeinde hat ohgedacht 80 Wohnungsuchende, wodurch die Wohnungsnot unerträglich gesteigert wird. Der Schaden ist sehr groß. Er wird auf mehrere Millionen beziffert und ist umso drückender, je schlechter die meisten Abgebrannten versichert waren. Die Löscharbeiten dauerten bis in den Morgen hinein. Auch während der ersten Vormittagstunden war eine Brandwache noch unausgerückt, ein Wiederanflattern der glühenden Schuttmauern zu verhindern. Die Löscharbeiten waren durch eine furchtbare Hygieneentwicklung sehr erschwert. Unglücksfälle sind nicht zu vermeiden.

(SCH.) Weilmünster, 2. Aug. Dem letzten Schweinemarkt waren zugeführt 2 Läufer, 217 Milchschweine. Geßlere kosteten 400-520 Mark, letztere 160-380 Mark das Stück. Der Verkauf war sehr flau. — Am Samstag abend prallte ein hiesiger Gipfel seine Frau hinans. Als der liebe Ehegatte seiner Hälfte dort noch einige Schritte gab, griffen etwa 20 Männerhände zu und gaben ihm mit Zinsen heim, was er vorher seiner Frau ausgeteilt hatte. Das Geschick und der große Menschenauflauf zogen auch die Polizei an. Diese machte nur mit Mühe der widerlichen Sache, die über eine Stunde dauerte, ein Ende.

(SCH.) Pfullingen, 1. Aug. Ohne besondere Einweihungsfeierlichkeit, aber mit den üblichen volkstümlichen Veranstaltungen wurde gestern die neue Rebele-Höhle zum erstenmal für die Allgemeinheit geöffnet. Die neue elektrische Beleuchtung erwies sich als ungemein zweckmäßig und rechtfertigte auch die hohe Eintrittsgebühr von 5 Mark. Die Höhle erwies sich als sehr sauber. Im elektrischen Licht erstrahlten die prachtvollen Tropsteinbildungen schneeweiß und bildeten einen wohlthuenden Gegenatz zu der zweifelhaften, weiß vom Fackelrauch geschwärzten Herlichkeit der alten Höhle. Zahlreiche Besucher fanden sich am ersten Tage ein. Der Besuch nimmt, wenn man auf Forschungs-Rekordereien verzieht, eine halbe Stunde in Anspruch und ist ganz ungezweckelt, selbst für helle Kleider. Einzelne Seitengänge dagegen erfordern alpine Ausrüstung. — Mindestens 20.000 Menschen, nach verschiedenen anderen Schätzungen sogar annähernd 30.000 Menschen bestiegen gestern die Wanne, um dem großen Bergfest der Schwäbischen Turnerschaft beizuwohnen, das bei herrlichem Wetter einen glänzenden Verlauf nahm und allen Besuchern die einzigartig schöne Bergwiese mit ihrem prachtvollen Fernblick und dem frohen Getriebe unermesslich machen wird. Schon am Vorabend war in den Pfullinger Hallen unter großer Beteiligung Begrüßungsfeier. Das Festturnen begann am Sonntag früh und dauerte bis in den späten Nachmittag hinein. Es fand seinen Abschluß durch die Preisverteilung, die Professor Wachenmaier-Stuttgart vornahm.

(SCH.) Tübingen, 1. Aug. Die Wachsamkeit der Polizei wird durch die Käsefälschungen nach Baden immer mehr in Anspruch genommen. Neulich wurden zwei sehr beliebte Damen aus Karlsruhe mit 50 Pfund Käse abgefaßt. In der letzten Woche hat in Talsch bei der Grenze ein Schuhmann auf der Verfolgung mit dem Rab einem Hofgutsbesitzer aus Baden 2½ Zr. abgenommen. Am Dienstag wurden bei einem Landwirt aus Neudingen 140 Pfund und am Mittwoch einem Kaufmann aus Freiburg gleich 6 Kisten mit 461 Pfund, samt 61 Pfund Butter, alles schon in einem Auto verladen, beschlagnahmt.

(SCH.) Dettingen a. Alsbach, 2. Aug. Die Wassernot hier und in Heudingen ist groß. Die Quellen sind so stark erschöpft, daß wöchentlich nur zweimal je 1 Stunde Wasser abgegeben werden kann. Die

Häben sind ganz ausgetrocknet. Es wurden deshalb die Quellen zwischen Anhausen und Bietigheim um 15.000 M. angekauft.

(SCH.) Würzburg, 2. Aug. Gestern früh halb 5 Uhr wurden hier den beiden durchziehenden Hausierwägen Handschuh und Tessel von Hansen i. L. M. aus ihren Hausierwagen insgesamt 22 Zentner Badkäuse im Werte von circa 16.000 Mark beschlagnahmt. Die Schieberware sollte ins Badische verbracht werden.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.

Simultan- oder Konfessionschule.

Herr Bek sagt: „Die Simultanschule des Art. 146, 1 ist eine weltliche Simultanschule. Darüber sind Sie sich in Ihrem Schreiben leider nicht klar.“ Gut, daß Herr B. sich darüber klar ist. Er hört aber diesmal mehr als das Gras wachsen. Leider sind wir aber gezwungen, festzustellen, daß dies in keiner Weise zutrifft, wie unzweideutig aus dem klaren Wortlaut obigen Artikels hervorgeht. Ergänzend bestimmt dann zudem noch Art. 149 der Verfassung: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen.“ (Bemerkung ist die Simultan- und Bekenntnisschule.) Also die Simultanschule der Reichsverfassung ist genau in dem Sinne Simultanschule, wie es unsere höheren Schulen bisher schon waren. Nun, Herr B., wie steht es jetzt mit Ihrer Behauptung von der weltlichen Simultanschule? Aber wir wissen, warum Sie die feine Unterscheidung zwischen weltlichen und christlichen Simultanschulen erfinden, eine Unterscheidung, die in Wirklichkeit gar nicht möglich ist, da außer der Simultanschule mit Religionsunterricht noch eine weltliche Schule ohne Religionsunterricht vorgesehen ist. Diese Unterscheidung brauchen Sie dringend, um über so einige Schwierigkeiten hinwegzukommen. Denn es dürfte doch immerhin möglich sein, daß derjenige, welcher selbst eine Simultanschule besucht, nicht genug betonen kann, wie traurig es mit der religiösen und sittlichen Ausbildung in der Simultanschule bestellt ist. Auch ist es schwer zu begreifen, daß Sie der konfession. Volksschule, welche nach Ihnen so hervorragende Erziehungsmöglichkeiten bietet, Ihre Arbeitskraft entziehen, um sie der simultanen Mittelschule zuzuwenden, also „dieser schrecklichen, Religion und Sitten verderbenden Simultanschule“. Festgestellt sei aber noch, nun zum 10. Male, daß der Württ. Lehrerverein Simultanschulen mit gutem religiösem Unterricht für die verschiedenen Bekenntnisse wünscht, wir geben uns aber durchaus nicht der Hoffnung hin, daß Sie und die paar pietistischen Lehrer des Bezirks jemals unseren Standpunkt verlassen. Sie betonen das Trennende, wir das Einigende. Ja, Herr B., wir befürchten, daß es vielleicht nicht lange anhebt, bis Ihnen auch die ev. Konfessionschule nicht mehr ganz gefällt. Eines Tages ist Ihnen, wie die evang. Kirche, so die ev. Schule nicht mehr eng genug. Dann wird nichts mehr übrig bleiben, als eben auch noch die kath. Schulen zu gründen nach Ihrem Motto „Jedem das Seine“. Der Württ. Lehrerverein kennt Ihre Anschauungen und verzichtet unter allen Umständen auf jede Erörterung mit Ihnen an dieser Stelle.

Bez.-Lehrerverein Calw.

Die Bekenntnisschule — die ideale Schule.

Die Aussprüche „berühmter deutscher Männer“ hätte sich Herr Schmidt erspart, oder auch sie noch um einige Duzend vermehren können. Er macht folgenden Teufelskreis: Berühmte deutsche Männer sind auch berühmte deutsche Christen gewesen, also können sie Konfessionen für oder gegen die Bekenntnisschule sein. Oder soll am Ende jeder beliebige deutsche Mann ein Urteil abgeben können in der Simultanschulfrage? Der Umstand, daß unter den „berühmten Männern“ der Gottesläugner David Friedrich Strauß als „berühmter früherer Theologe“ auch Zeugnis ablegen muß für den religiösen Wert der Simultanschule, macht uns diese Schule nur verächtlich. Herr Schmidt beweist damit die Richtigkeit meiner Behauptungen bezüglich der weltlichen Simultanschule; er will sie aber doch bekämpfen. Leider kann ich Herrn Schmidt die weltliche Simultanschule nicht schenken. Ich bin überzeugt, daß er darüber betroffen ist, wenn die Simultanschule des Artikels 146, 1 eine weltliche Simultanschule werden soll. Es ist nun aber nach dem Entwurf zum Reichsschulgesetz einmal so, und die Verfasser werden wissen, warum sie ihr Kind so kaufen. Die Freunde der Bekenntnisschule wissen es auch! — Das Selbstzeugnis des Herrn Schmidt hat mich nachdenklich gemacht. Er sagt: „Die Arbeiter und Monisten sind mir lieber als die lauen „Herr-Herrjäger“. Die lauen Christen kämpfen aber bekanntlich nicht für die Bekenntnisschule; denn naturgemäß ist ihnen die Sache gleichgültig. Nun kämpft aber Herr Schmidt gegen die Verfechter der Bekenntnisschule, denen im Ernst „Christus der Herr ist“. Damit raubt er sich das moralische Recht, für die Simultanschule als eine religiöse Schule einzutreten. Er merkt nicht, wieviel Mißtrauen gegen die Simultanschule er dadurch im Volke weckt. Auch machen wir die Schule überhaupt und die Simultanschule im besonderen verdächtig, wenn wir Neuerung auf Neuerung häufen und das Schulleben zu gar keiner ruhigen Entwicklung mehr kommen lassen. Es führten wir die Arbeitsschule ein, jetzt soll die Simultanschule drautommen. Die Eltern werden sagen: „Wir lassen uns nicht schon wieder mit etwas Neuem „beglücken!“ Und man wird ihnen Recht geben müssen. (NB.: Ueber den Wert der Arbeitsschule, die ich selbst bestreite, ist damit nichts gesagt!)

Calw. Mittelschullehrer Dr. G.

* Wir glauben nun auch überhaupt die Erörterungen schließen zu können, denn die sachlichen Gesichtspunkte dürften wohl auf beiden Seiten erschöpft sein. Die Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: F. V. B. Kubosphi, Calw. Druck und Verlag der A. Reicheliger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.



Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Auf Lebensmittelmarke Nr. 243 kann bis Freitag, den 5. Aug. ds. Js. **Gries** bestellt werden.
Die Kleinhändler wollen die Bestellmarken am Samstag, den 6. ds. Mts., vorm. v. 8-9 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 abliefern.

Kommunalverband Calw.
Lebensmittelverteilung für die Landorte.
Auf Bezugsmarke Nr. 42 kommen pro Person zur Verteilung:
350 Gramm Weizengries zu Mk. 1.90 das Pfd.
Die Einlieferungsfrist für die Bezugsmarke ist am 15. ds. Mts. beendet.
Calw, den 3. August 1921.
Kommunalverband: Oberamtmann G. S.

Unterreichenbach, den 1. August 1921.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste unserer lieben unvergesslichen Entschlafenen
Sophie Fischer
agen auf diesem Wege herzlichen Dank.
Besonders danken wir denen, die sie während ihrer Krankheit besuchten, für die vielen Kranzspenden von nah und fern und allen, die sie zur letzten Ruhestätte beauftragten.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Karl Fischer, Schreinermeister, mit Kindern.

Suche
ca. 400 Raumtr. gerepelttes u. weißgeschältes Papier = Holz
in 1 und 2 Meter Länge zu kaufen
Angebote nimmt entgegen
Michael Lörcher, Schmied.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Friedr. Huber, Masch.-Werkstätte Unterreichenbach, Fernsprecher 17
macht Ihnen jede Reparatur an Ihren Maschinen, Apparaten aller Art, Automobils u. Motorrädern, Gebrauchsgegenständen;
die Einrichtungen ganz. Neuanlagen; ferner:
Beorgungen v. Maschinen all. Art für die Landwirtschaft und Gewerbe; ferner
tech. Beratungen in jed. Art u. Weise.

Hafer
gut gepulvt und trocken
kaufen zu höchst. Tagespreisen
Kohler & Pflaum, Weil der Stadt
Fernsprecher Nr. 8.

Alfred Pfeiffer, Calw
Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

Portland-Zement
Leonberger Baugips
Schwarzkalk

Freisch eingetroffen
Wasserstein-Garnituren
aus Zement und Terrazzo
Steinzeugböden
Zementröhren

Schwemmsteine Gr. 10 12 25, 12 14 25, 14 16 25
Metersteine
Raminsteine
Falzziegel

Stammheim.
Geschäfts-Empfehlung
Meiner werten Kundschaft von hier und Umgebung zur gest. Kenntnisnahme, daß ich meine
Bau- und Möbelschreinerei
in meinen Neubau an der Hauptstraße nach Calw verlegt habe und bitte auch weiterhin mein Unternehmen unterstützen zu wollen. Reelle Bedienung, und billigste Berechnung. — Habe auf Lager
Sessel in verschiedenen Mustern
Wilhelm Volz, Schreinerei.
NB. Gleichzeitig empfehle ich mein neuangelegtes Lager in
Cigarren, Cigaretten, Tabake, Schokolade, Bonbons u. sonstigen verschiedenen Artikeln bei niederen Tagespreisen. D. D.

Fleisch = Abschlag!
Von heute ab gibts
Schaf-, Kalb- und Rindfleisch
das Pfund zu **Mark 10.—**
Paul Nonnenmann, Hirsau.

Morgen Donnerstag von 8 Uhr ab werden auf dem Bahnhof neue Lauffener Kartoffeln verkauft
H. Köhm.

Eine gute haltene, leichte
Einspänner-Chaise
verkauft wegen Platzmangel.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verkaufe 6 St. 10 Wochen alte
Hühner
sowie einige ältere.
Fr. S. Eck

Zwei gute
Milch-Ziegen
wegen Futtermangel zu verkaufen.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Holzbrunn.
Verkaufe einen schönen, ca 12 Jhr. schweren
Schaff-Schfen,
auch zum Schlachten geeignet.
Johann Bechtold

Flachs u. Abwerg
nimmt ohne Freigabechein wieder an, die Agentur
Fr. Lamparter, Calw, Marktplatz.

Tausende verwenden
Ruf's
Spezialitäten zur Herstellung eines guten Getränkes
Ruf's Heidelbeeren mit Zutat
zu 50 Liter M. 21.50
" 100 " " 42.50
" 150 " " 63.75
Mit Süßstoff kosten die 100 Liter M. 6.— mehr.
Ruf's Kunstmohntafel mit Heidelbeer-Zusatz und Süßstoff
Flaschen z. 100 Ltr. M. 43.—
" 50 " " 23.—
Ruf's Kunstmohntafel mit Heidelbeer-Zusatz ohne Süßstoff
Flaschen z. 100 Ltr. M. 40.—
" 50 " " 20.—
Rufina Ruf's getrocknete Äpfel mit Zutat
Pakete zu 100 Ltr. M. 42.50
" 50 " " 21.50
Mit Süßstoff kosten diese Pakete M. 6.— mehr.
Niederlage:
Friedr. Lamparter, Calw

Allein-Mädchen
Zeugnisabschriften mit Gehaltsanpr. erbeten.
Frau Oberlandesger. - Rat
Dr. Weklar, Karlsruhe i. B., Bismarckstraße 75.

Fahrrad
Ein noch guterhaltenes
hat zu verkaufen.
G. Buchhardt, Ottenbronn.

Fahrrad
ist zu verkaufen.
Wegergasse 314/15.

Simbeeren
kauft
Christian Ruenzlen, Sulzbach a. d. Murr,
1. württ. Fruchtastpresserei u. Obstkonfervenfabr. m. Dampftrieb.
Versandgefäße können gestellt werden.

R. V.
Morgen Donnerstag
Zusammenkunft im „Bürgerstübli“

Kräuter-Käse
frisch eingetroffen
empfiehlt
Spar- u. Consumverein.

Lauffener Kartoffeln
sind eingetroffen.
Otto Jung.

Flachs- und Flachs-Abwerg
wird ohne Freigabe-Schein angenommen z. Verpinnen und Weben.
Fr. Frommer, Weber, Zavelstein.

Mais, Maischrot, Maismehl, Zuckermelasse,
empfiehlt
Otto Jung.

Gebr. Piano, nicht über „4500.— einschl. Steuer zu kauf. gesucht. Angeb. m. Preis unt. C D 165 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Mädchen
gesucht.
Ein tüchtiges, das w. möglich schon gedient hat bei autem Lohn auf 15 Aug. od. 1. September. Zu erfragen bei Privatier Bühner, Calw, Bahnhofstraße 524.

Gesucht:
Tüchtiges
Allein-Mädchen
Zeugnisabschriften mit Gehaltsanpr. erbeten.
Frau Oberlandesger. - Rat
Dr. Weklar, Karlsruhe i. B., Bismarckstraße 75.

Fahrrad
Ein noch guterhaltenes
hat zu verkaufen.
G. Buchhardt, Ottenbronn.

Fahrrad
ist zu verkaufen.
Wegergasse 314/15.

Hirsau.
Freitag, den 5. ds. Mts., abends 8-10 Uhr (bei günstiger Witterung)
Konzert
in den Kuranlagen.
Ausgeführt von der
Stadtkapelle Calw.

Nur 1 Tag!
Auf dem Brühl
Sonsons Freilicht-Bühne
Heute Abend 8 1/2 Uhr
Große Gala-Vorstellung
12 Sensationen!
Nur diese eine Vorstellung!
Es ladet ergebenst ein
Die Direktion.

Beretreter oder Großhändler gesucht
zum Vertrieb eines zum D. R. P. angemeldeten, hervorragenden
Herren-Massenartikels.
Näheres Donnerstag Nachmittag 4-7 Uhr im Hotel „Adler“ Calw bei Pohl.

Schuhwaren aller Art
sind zu haben. Am Freitag treffen
kleine Kinderstiefel
von Nr. 18 an, wieder ein.
Karl Stoll, Haggasse.
Habe ferner ein Paar **weiße Hosen zu verkaufen.**

Für den Herbst
empfehle
Obstmühlen u. Pressen
in bester Ausführung.
Wilh. Wackenbuth, Calw.

Heu
hat zu verkaufen.
G. Buchhardt, Ottenbronn.

Fahrrad
Ein guterhaltenes
verkauft
Fr. Holzäpfel, Fahrrad-Handlung, Liebenzell.

Es ist nicht notwendig, den jeweiligen Vierteljahrswechsel abzuwarten um das Calwer Tagblatt dann zu bestellen, nein, täglich nehmen unsere Austräger, unsere Geschäftsstelle, die Postämter und Poststellen im Bezirk Bestellungen auf unsere Zeitung entgegen!

Fahrpläne für den Bezirk Calw erhältlich das Stück zu 50 Pf. in der Geschäftsst. ds. Blatt.

Nr. 179.
Die d...
Der angekündig...
nach Oberreifen ha...
mittag erschienen be...
französische Botfacha...
nische Geschäftsträger...
den drei genannten...
Der Botfaher...
der Geschäftsträger...
zierungen die deutsc...
Transport allierier...
den die Lage in Ob...
lännte."
Es wurde mündl...
um ein Erluchen ha...
dem um die grund...
auf eine spezielle M...
Der Reichsminif...
Verlangen dem seit...
Gelegenheit eingeno...
sch bereit, in diese...
Verbindung zu tret...
den Rechtsstandpu...
sichtigt ist, Truppe...
entemacht nach Ob...
Die Stellung...
zur...
Berlin, 3. Aug.
Zusammenhang nach...
tellungen erschienen...
und nachdem der W...
der Reichsminister de...
in Berlin gerichtet...
Anweisung hingewi...
nach Oberreifen gen...
Bei der Ueberge...
der französische Bot...
Forderung, Deutschla...
um den Durchtransp...
schließen zu fördern.
Note beantwortet hat...
bei dem Minister No...
Regierung wolle bis...
derung bezüglich des...
Abend des gleichen...
men mit der Antwort...
wortschreiben des R...
Öffentlichkeit bereit...
deutsche Regierung...
nungen des Verfa...
men, daß sie jedoch...
das Gesuchen der fra...
der drei Okkupations...
Kenntnisnahme diese...
beim Reichsanzler...
Neußen empfing. E...
Ministers des Reich...
langte nochmals eine...
Erluchen der franz...
nach Oberreifen zu...
zwischen Botfaher...
teilt. In dieser erklä...
bild auf die große...
die Forderung der...
Wichtig gehalten, ihre...
gen, ob auch diese...
em. Die deutsche R...
verksam, daß sie di...
absoluten Loyalität...
in Oberreifen die...
die Hoffnung, daß d...
die deutsche Regieru...
legen und würdigen...
den worden war, de...
nach Oberreifen im...
nische Forderung de...
die Aufmerksamkeit...
der sich zweifelsfrei...
stellungen nach Ober...